Zeitschrift: Die Privatschule = L'école privée = La scuola privata
Herausgeber: Verband Schweizerischer Privatschulen
Band: - (1995)
Heft: 4

Vorwort: Liberalisierung im Bildungswesen: Mittel zur notwendigen Innovation
Autor: Zwygart, Alfred

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

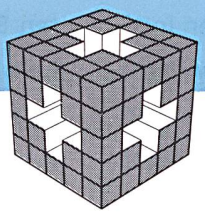
Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 30.06.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Pestalozzianum Zürich
Bibliothek/Mediathek

DIE PRIVATSCHULE
L'ECOLE PRIVÉE
LA SCUOLA PRIVATA



Dezember 1995 Nr. 4

Editorial

Liberalisierung im Bildungswesen: Mittel zur notwendigen Innovation

Wenige Monate ist es her, da waren die Begriffe «Revitalisierung der Wirtschaft» und «Liberalisierung im Bildungswesen» in (fast) aller Politiker Mund und standen in fast aller Leute Zeitung. Und wo stehen die Begriffe – oder besser die Taten – heute, in den Wochen, wo in Bund und Kantonen schwierigste Budgetdebatten anstehen?

Wegweisende, langfristig angesetzte Veränderungen staatlichen Handelns können selbstverständlich nicht allein auf die gegenwärtige Finanzlage der öffentlichen Hand und damit auf kurzfristig wirksame Budgetentscheidungen abgestützt werden. Dies gilt insbesondere im Bildungsbereich, wo die Auswirkungen politischer Entscheide nur langfristig sichtbar werden und wo Traditionen, auch staatsmonopolitische Tendenzen, äusserst langlebig sind. Und doch: Nach den seit langem immer wieder postulierten Bildungsreformen zum Zweck der Anpassung an stark veränderte wirtschafts- und gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen sowie zum Zweck der finanzpolitisch wirksamen Effizienzsteigerung geben Budgetanpassungen für das kommende Jahr mehr als nur Hinweise ab über die künftige Ausgabenpolitik der Kantone im Bildungs- und Erziehungswesen. Budgetrelevante Anpassungen weisen allerdings selten in Richtung auf neue Akzente für ein modernes und finanzierbares Bildungssystem. Zu oft werden bestehende Verhältnisse einfach auf einem tieferen finanziellen Niveau fortgeschrieben.

Ein tragfähiges Bildungswesen, kann es den rasanten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen gerecht werden, braucht mehr: Nämlich neue, leistungsfähige und kompetente Anbieter auf dem sich ebenso rasant verändernden Bildungsmarkt. Gefragt sind Anbieter, die ihre Bildungsangebote rasch, preiswert, möglichst individualisiert – denken wir dazu nur an die dringend notwendige Requalifizierung von Zehntausenden von Arbeitnehmern – und mit hohen Erfolgsaussichten offerieren können. Gefragt sind auch Anbieter, die auf spezielle Bedürfnisse von definierten Zielgruppen antworten können auf spezielle Familiensituationen, auf Sicherheitsbedürfnisse, auf spezifische Berufsziele. Vielfach werden diese Anbieter private Schulunternehmen sein.

Diese Anforderungen gelten grundsätzlich auch für staatliche Leistungserbringer in allen Bildungsbereichen, besonders auch für die fast vollständig vom Staat bestimmte Berufsausbildung, deren duales Sy-

stem aus vielen Gründen bedroht ist. Dabei haben staatliche Anbieter u.a. den Nachteil, dass ihre Entscheidungswege für neue Produkte und Dienstleistungen bedeutend länger sind als in privaten Institutionen. Die Entwicklung ihrer Angebote wird oft durch politische Auflagen vorbestimmt und ist erst in zweiter Linie nach dem Markt orientiert. Diese Nachteile machen staatliche Anbieter dann durch einseitige Wettbewerbsvorteile wett. Solche Wettbewerbsverzerrungen erfolgen mittels Subventionen in der Höhe von dreistelligen Millionenbeträgen auch auf Gebieten, wo private Anbieter längst den Nachweis für qualitativ hochstehende und finanziell günstige Angebote erbracht haben. Die FDP des Kantons Zürich fordert darum den berechtigten Abbau von Vorschriften, die der privaten Wirtschaft Steine in den Weg legen. «Besonders zu beachten ist die Privatisierung staatlicher Aufgaben mit dem Ziel, weitere Steuererhöhungen zu verhindern und Spielraum für private Institutionen zu schaffen.» Diese Forderung umfasst auch das Erbringen von Leistungen im Bildungswesen, wo die unbestrittene Verantwortung des Staates für ein hochstehendes Bildungswesen nicht mehr mit staatlichen Monopolansprüchen bei der Erbringung der Leistung gleichgesetzt werden darf.

In diesem Spielraum für private Institutionen liegt ein Hauptschlüssel zur Modernisierung des Bildungsangebotes ohne zusätzliche Kosten und Steuerlasten. Vermehrte, ja konsequente Berücksichtigung der Privatinitiative im Bildungswesen schliesst – wie bereits mannigfaltige Beispiele in vielen Kantonen belegen – die Kooperation zwischen staatlichen und privaten Institutionen keineswegs aus. Im Gegenteil: Neben der Tatsache, dass dadurch kaum mehr finanziebare Wettbewerbsverzerrungen mittels staatlicher Subventionen abgebaut werden, können – der Dringlichkeit angemessen – erforderliche Innovationen im Bildungsangebot schneller und kostengünstiger realisiert werden. Dabei kommen dem Staat wichtige Aufgaben wie Aufsicht oder Festlegung von Bildungszielen und Prüfungsanforderungen zu. Aber es gilt, den Weg zu diesen vorgelegten Bildungszielen zu deregulieren, wenn eine höhere Effizienz erzielt werden soll. Neu zu regeln ist auch in einem weiteren Schritt die gezielte Finanzierung der Bildungsnachfrager (z.B. mittels Darlehen) anstelle der grosszügigen Subventionierung von Institutionen, die sonst ohne konsequente Berücksichtigung des wirtschaftlichen Prinzips operieren können.

Einem solchen Bildungssystem, das die Privatinstitutionen mitberücksichtigt, erwachsen echte Chancen: Es entstehen marktgerechte, flexible sowie – gefördert durch den Wettbewerb – qualitativ gesicherte und für Staat und Nachfrager finanziell tragbare Angebote, die der individuellen Bildungsnachfrage bestmöglich Rechnung tragen.

Alfred Zwygart

Inhalt/Sommaire

Editorial
Liberalisierung im Bildungswesen: Mittel zur notwendigen Innovation
Que reste-t-il?

Forum 5
Bilingual Schools in Europe
Ecole active Malagnou

Info 10
Eidgenössische Berufsmaturitätsprüfungen
Weiterbildungsangebote für Praktiker von Praktikern

Korrespondenz/Correspondance 15

Pressespiegel/A travers la presse 17